

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 41

Vorwort: Mit Wischbesen gegen die Lawine
Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK A. Z. Bern I

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Ist der heutige Kommunismus eine Ideologie? (6)
Ekel ohne Grauen (8)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

2. Jahrgang, Nr. 41

Bern, 18. Oktober 1961

Erscheint wöchentlich

Mit Wischbesen gegen die Lawine

Die zahlreichen Zuschriften auf den Artikel in der vorletzten Nummer veranlassen uns, nochmals auf die Frage zurückzukommen.

Die vier Persönlichkeiten haben ihre Ansicht, der Kommunismus sei unaufhaltsam, in privatem Kreise geäußert. Aus diesem Grunde können und wollen wir deren Namen nicht bekanntgeben. Solange jemand seine Meinung nicht in aller Öffentlichkeit vertritt, oder solange nicht alle Menschen dieser Meinung bekannt sind, dürfen Namen nicht genannt werden. Wir kämpfen schliesslich nicht für die Rechtsstaatlichkeit und die Rechtsgleichheit, um sie dann im bequemen Augenblick selber aufzugeben.

Wir wollen hier darauf hinweisen, dass die Äusserung der Ansicht, der Kommunismus sei unaufhaltsam, dann Defaitismus ist und einem Verrat gleichkommt, wenn der Betreffende nicht trotzdem alles unternimmt, um diese Entwicklung aufzuhalten. Wer also eine solche Meinung äussert, sollte nach seinem eigenen Einsatz befragt werden. Wenn ein solcher Einsatz nicht vorliegt, sollte er höflich aber bestimmt darauf aufmerksam gemacht werden, dass seine Ansicht einem geistigen Verrat gleichkommt.

Eine zweite Präzisierung ist notwendig und betrifft die Kritik an unseren Parteien. Deren Verdienste werden durchaus nicht verkannt. Aber sie betreffen die Innenpolitik, und diese muss vorübergehend zurücktreten. Was nützte es uns, in der Schweiz mit allergrössten Anstrengungen eine Idealdemokratie aufzubauen, wenn die freie Welt die Unabhängigkeit dann doch verlöre?

Der Kommunismus hat Sieg um Sieg an seine Fahnen geheftet und seine Macht in den letzten vier Jahrzehnten ständig erweitert. Diese Tatsache sollte genügender Anlass sein, uns einmal zu einem Ueberdenken der Sachlage zu veranlassen. Das zeigt nämlich, dass in der jetzigen ge-

schichtlichen Epoche erst in zweiter Linie das zählt, was wir zur Lösung innenpolitischer Probleme unternehmen. Von grösserer Bedeutung ist gegenwärtig das, was wir zur Wahrung der Freiheit leisten. Und hierbei ist von unserer faktischen Verbundenheit mit der freien Welt auszugehen, mit der wir im gleichen Boot sitzen. Wir müssen endlich voll und ganz begreifen, dass heute die Möglichkeit besteht, ein Land zu unterjochen, ohne einen einzigen Schuss abzufeuern. In der Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Demokratie ist zwar die Macht allein entscheidend, aber es ist durchaus nicht mehr nur die militärische Macht. Deshalb ist es eine Frage von Freiheit oder Diktatur geworden, dass auch wir jene Macht aufbauen, von der unsere Zukunft abhängt und die somit zur eigentlichen Bedingung dafür wird, dass wir uns auch in Zukunft einer besseren Lösung innenpolitischer Probleme annehmen können.

Voraussetzung ist ein klares, die Grenzen unseres Landes überschreitendes Programm. Das Ziel ist gegeben: Sieg der Freiheit, der wohl das grösste Opfer und den grössten Einsatz beanspruchen darf. Die Mittel liegen auf der Hand, aber es gilt, sie rasch und unverzüglich anzuwenden. Wir müssen die Einheit der freien Welt im Rahmen einer atlantischen Union anstreben, um die wissenschaftliche Forschung, die sachliche Aufklärung und die Entwicklungshilfe wirksam zu fördern. Es genügt nicht, dieses Programm in Worten zu proklamieren; es muss durch Taten verwirklicht werden. Das aber ist Aufgabe der politischen Parteien. Nun zeigt es sich, dass die politischen Parteien als solche noch kaum Kenntnis davon genommen haben, dass wir in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts leben. Sie haben sich — als Parteien — nicht genügend auf die heute vordringliche Problematik der Aussenpolitik ausgerichtet. Das ist, um mit Talleyrand zu reden, schlimmer als eine Katastrophe: es ist ein Fehler.

Wenn der Kommunismus heute noch erfolgreich bekämpft werden soll, so muss die freie Welt ihm dort entgegenreten, wo er seine Wirksamkeit bezogen hat: in der internationalen und revolutionären — das heisst neuartigen und kämpferischen Bewegung. Die freie Welt muss neben der offiziellen Stimme der Regierungen auch die Stimme des Volkes erheben. Diese bis jetzt kaum hörbare Stimme des Volkes setzt als Träger die politische Partei voraus.

Wie kann diese Stimme erhoben werden? Indem die bestehenden Parteien sich an den Verhandlungstisch begeben und eine Arbeitsgemeinschaft durchführen. Eine solche Arbeitsgemeinschaft müsste die innenpolitische Problematik ausklammern und sie als autonome Domäne den Parteien vorbehalten. Es würde also innenpolitisch gesehen gegenüber den heutigen Zuständen zunächst keine Aenderung eintreten. Dafür aber müssten sich die Parteien im Rahmen einer solchen Arbeitsgemeinschaft darüber einigen, dass der aussenpolitischen Problematik zeitweilig das Primat zukommt. Diese Arbeitsgemeinschaft müsste also ein Programm, wie es hier in grossen Zügen skizziert worden ist, gemeinsam zu die Zusammenarbeit mit ähnlichen Gremien in allen Ländern der nichtkommunistischen Welt so rasch als möglich vollziehen.

In Zeiten der Not zwingt sich eine solche Zusammenarbeit auf. In Zeiten der Not konnte sie in der Vergangenheit auch immer verwirklicht werden. Aber Zeiten der Not waren in der Vergangenheit immer offensichtlich, weil die Auseinandersetzung sich jeweils auf dem militärischen Schlachtfeld abgespielt hat. Wo Granaten Explodieren, wird es dem letzten Bürger klar, dass etwas nicht in Ordnung ist, dass ausserordentliche Zeiten ausserordentliche Massnahmen erfordern. Heute aber, wo der Krieg mit nichtmilitärischen Mitteln geführt wird, sind Zeiten der Not nicht offensichtlich. Deshalb fehlen die historisch längst notwendigen Massnahmen, wie sie von einer Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien gefordert und durchgesetzt werden sollten.

Wir können immer wieder Einsatz und Opfer — auch seitens der Parteien — fordern. Aber damit bleiben wir bei den Worten, während doch Taten nötig sind. Aus diesem Grunde wurde der Forderung die Warnung beigefügt, dass die Gründung einer neuen Partei möglich ist, wenn die bestehenden Parteien die neuen Aufgaben verkennen.

Das will nicht heissen, dass wir eine neue Partei gründen wollen. Das will aber heissen, dass wir dabei mithelfen, wenn die bestehenden Parteien nicht in einer aussenpolitischen Arbeitsgemeinschaft die Massnahmen treffen, die den Sieg der Freiheit sichern. Die Gefahren sind zu gross, als dass wir ungestraft in den Tag hineinleben dürften.

Aber alle diese (innern) Probleme verblissen, wenn man sie mit jenen vergleicht, denen wir draussen in der Welt gegenüberstehen. Jeder Mensch, der dieses Amt auf sich nimmt, muss ohne Rücksicht auf seine Parteizugehörigkeit geradezu von Schwindel befallen werden, wenn er die ungeheure Zahl von Bewährungsproben erkennt, die wir in den nächsten vier Jahren bestehen müssen.

Kennedy, State of the Union-Botschaft, 30. Januar 1961.

Peter Sager.